

Die politische Landschaft im Wandel

Der Zerfall der SPD im Spiegel der Demoskopie

Die politische Landschaft der Bundesrepublik Deutschland hat sich seit der Bundestagswahl 1980 stark verändert: Die Regierung Schmidt und ganz besonders die SPD haben in den Augen der Bevölkerung einen dramatischen Verlust an Sympathie und Vertrauen erlitten. Die CDU/CSU-Opposition hingegen schneidet bei den Bundesbürgern so gut wie kaum jemals zuvor ab.

Wie erklärt sich dieser Wandel? Welche Wählerbewegungen in welchen Bevölkerungssegmenten sind für den tiefen Einbruch der SPD verantwortlich? Die folgende Dokumentation der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU-Bundesgeschäftsstelle gibt einen Überblick über die bisherige Entwicklung der Wählerlandschaft und versucht, Antworten auf die o. a. Fragen zu geben.

Die langfristige Perspektive: Strukturwandel erschüttert Fundamente der SPD. Die Ursachen für den rapiden Fall der SPD vom 40%-Sockel weisen lang- und kurzfristige Aspekte auf.

In Zahlen:

In %	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne und Sonstige
Bundestagswahl 1980	44,5	42,9	10,6	2,0
Sommer 1982:				
Allensbach	53	31	7	8
Emnid	51	33	10	7
Contest	51	36	8	6

In diesem Zusammenhang ist es daher wichtig, neben der „konjunkturellen“ Ursache — auf die weiter unten eingegangen wird — auch die langfristigen Veränderungen im Parteiengefüge der Bundesrepublik Deutschland zu untersuchen.

Zwei Komponenten sind hier zu unterscheiden:

Erstens: Man weiß schon lange, daß die Veränderungen der Berufsstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der sinkende Arbeiteranteil, der SPD stark zu schaffen machen: Die SPD war bisher eine Partei, die Argumente und Motivationshilfen zur Aquisition und Mobilisierung ihrer Wählerpotentiale traditionellerweise aus dem klassischen Konflikt zwischen Arbeit und Kapital schöpft, der alljährlich durch die Gewerkschaften aktualisiert wird und der damit zu einer teilweisen Gleichschaltung von SPD- und Gewerkschaftsinteressen geführt hat.

Seit den 50er Jahren nahm jedoch sowohl bei den Wählern als auch bei den Mitgliedern der SPD der Anteil der Arbeiter ab, wie die Wissenschaft nachgewiesen hat. Der Rückgang des Arbeiteranteils in der Bevölkerung, Folge des Strukturwandels in der Wirtschaft, machte sich nur bei der SPD, bei der CDU/CSU gar nicht bemerkbar. Gleichzeitig wandelten sich — wenn auch relativ langsam — Ansichten und Einstellungen in der Arbeiterschaft: Ein Trend zum Sicherheitsdenken und zur Wahrung des ökonomischen Status quo ist nicht zu übersehen.

Trotzdem galt bis zur Bundestagswahl 1980, daß — bei umgekehrter Betrachtung — die Arbeiterschaft immer noch in stark überdurchschnittlichem Maße die SPD bevorzugte. In der Arbeiterschaft konnte die SPD allenthalben mit Wahlergebnissen von weit über 50 Prozent (1980: 58 Prozent) rechnen. Insbesondere bei gewerkschaftlich orientierten Arbeitern lagen die Erfolgsquoten der SPD bei 60 Prozent und höher.

Zweitens: Die Arbeiterschaft hielt der SPD demnach noch die Stange, obwohl spätestens seit 1967 eine weitere Entwicklung zu beobachten war.

Die Zahl der Jahrgänge, die die wirtschaftlich schweren Zeiten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht miterlebten, stieg ständig.

In ihrer Sozialisationsphase erlebten diese jungen Menschen wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit weitgehend nicht als Problem, sondern gewissermaßen als gegeben. Damit waren aber auch in diesen Generationen die Voraussetzungen für veränderte Grundeinstellungen gegenüber Staat und Gesellschaft gegeben.

Veränderte Grundhaltungen, die im Gegensatz zu den Vorstellungen der Älteren standen und stehen und damit ein gewisses „Generationsgefälle“ konstituieren, schafften neue Spannungsfelder. Ausdruck dieser Entwicklung waren u. a. die Studentenbewegungen der späten 60er Jahre.

Die SPD unternahm den mittelfristig durchaus erfolgreichen Versuch, diese Bewegung zu domestizieren und das „neue Lebensgefühl“ (Stichworte: Wertewandel, „Stille Revolution“, Emanzipation, Selbstverwirklichung, Reformen) zu ihren Gunsten zu nutzen.

Dabei verwandelte sich aber auch die SPD von einer Arbeiterpartei zur Partei der „Intellektuellen und Lehrer“.

Die 70er Jahre begannen demnach im Zeichen hoffnungsvoller — um nicht zu sagen euphorischer — Erwartungen. 1969 stellten mit Willy Brandt erstmals die Sozialdemokraten den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Sein politisches Programm schuf einen Erwartungshorizont bei den Bürgern, dem in der politischen Realität kaum zu entsprechen war, in dem sich aber die latente Sehnsucht der Bevölkerung nach einem besseren Morgen manifestierte. Schon bald wurden die Grenzen des Machbaren sichtbar, die Ansprüche und Erwartungen — insbesondere an den Staat — stiegen dennoch weiter und prägen heute eine ganze Generation.

Veränderte politische Landschaft

Der Umbruch, die „Tendenzwende“, kam nach der Bundestagswahl 1972. Die Zeit von 1973 bis 1980 könnte als Phase der Ernüchterung, ja sogar als Zeit sich langsam, aber stetig verdüsternder Zukunftsperspektiven bezeichnet werden. Das Wetterleuchten am Zukunftshorizont war nicht mehr zu übersehen.

Gegen Ende der 70er Jahre zerbrach der Konsens zwischen der SPD und den Wählerschichten, die das „neue Lebensgefühl“ verkörperten. Die Parteienlandschaft kam in Bewegung, die ökologische Bewegung verbuchte erste Erfolge, überwiegend zu Lasten der SPD.

Die nach 1969 weit über die Arbeiterschaft hinaus hinzugewonnenen Wähler des „neuen“ Typs hielt es in Teilen nicht mehr bei der SPD, sie wanderten zu den sich formierenden „Grünen“ ab. Damit zeichnete sich schon vor der Bundestagswahl 1980 der kommende Niedergang der SPD in groben Zügen ab.

Seit der Bundestagswahl 1980 haben sich in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Verschiebungen ergeben.

Schon die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP kurz nach der Wahl brachten Meinungsverschiedenheiten an den Tag, die in der Debatte um den Haushalt 1982 — verstärkt durch die zwischenzeitlich eingetretene Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und das Hochschnellen der Arbeitslosenzahlen — noch eskalierten und nur eine notdürftige Lösung fanden. Das vor der Wahl noch strahlende Bild H. Schmidts begann zu verblassen, seine Popularitätskurve sank.

Noch unübersichtlicher wurde die politische Wegstrecke durch das Auftreten der sogenannten „Friedensbewegung“. Eine diffuse Protesthaltung verbindet sich in dieser Bewegung mit einer aufkeimenden Angst vor einem nuklearen Krieg in Europa. Die „Feindbilder“ wurden teilweise verzerrt, die USA gerieten in die Schußlinie der „Friedensdemonstranten“.

Hinzu kam eine allgemeine Stimmungslage der Bundesbürger, die in erster Linie durch einen anhaltenden wirtschaftlichen Pessimismus gekennzeichnet war und ist. Das düstere Bild erfährt auch in der Zukunftsperspektive keine Verbesserung: Für eine optimistische Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Wirtschaft sehen die Deutschen keinen Anlaß.

Das bundespolitische Klima wird seit 1980 von Grundströmungen geprägt, die für den Start der Union in die neue Legislaturperiode den notwendigen Auftrieb lieferten und die seitdem dafür sorgen, daß das politische Stimmungsbarometer ein stabiles Hoch für die CDU/CSU anzeigt.

Die CDU/CSU verfügt heute über ein Wählerpotential von mehr als 50 Prozent. Die Union stellt heute die dominierende politische Kraft in der Bundesrepublik dar. Bestätigt wird dieser Trend durch die Landtagswahlen in Niedersachsen und Hamburg, die der CDU beachtliche Zuwächse erbrachten.

Die SPD ist inzwischen — nach dem Verlust von fast einem Drittel der Wähler von 1980 — auf einen harten Kern geschrumpft. Sie erzielt derzeit Resultate, die im — für sie „traumatischen“ — Bereich der Wahlergebnisse von 1949, 1953 und 1957 liegen. Die FDP hat bisher den „Verfall“ der Kanzlerpartei und der Regierung auf dem mit Etatlöchern übersäten politischen Weg noch relativ glimpflich überstanden, wenngleich sie mittlerweile Gefahr läuft, in einen starken Abwärtssog zu geraten.

Einen politischen Frühling erlebten die „Grünen“ seit 1980: was bei den Landtagswahlen in diesem Jahr schon Realität wurde, gilt inzwischen auch bundesweit: Die „Grünen“ können den Sprung über die 5-Prozent-Hürde schaffen.

Gewinne und Verluste der Parteien

Betrachtet man die Wählerwanderungen zwischen den Parteien seit 1980, dann ergibt sich ein eindeutiges Bild: Über 90 Prozent der Bürger, die sich 1980 für die Union entschieden, tun das heute auch noch. Zudem konnte die CDU/CSU in direktem Austausch mit der SPD Stimmen gewinnen. Dagegen sind bei der SPD nur noch 70 Prozent der Wähler von 1980 zu finden. D.h., rund ein Drittel der SPD-Wähler von 1980 revidierte die Entscheidung vom Herbst 1980 und verläßt das Lager der SPD. Bei den meisten von ihnen ist die Unzufriedenheit mit der SPD so groß, daß sie sich nicht der Stimme enthalten, sondern direkt zu einer anderen Partei wechseln. 15 Prozent der SPD-Wähler von 1980 würden jetzt CDU/CSU wählen. 3 Prozent FDP und 4 Prozent die Grünen. 8 Prozent — mehr als bei den anderen Parteien — flüchten in die Enthaltung und signalisieren so ihre Verunsicherung.

Wählerwanderungen von 1980—1982 (Reihen-Prozente)

Wahlabsicht 1982 in %	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	keine Angabe
1980 gewählt:					
CDU/CSU	93	1	1	1	5
SPD	15	70	3	4	8
FDP	28	6	56	4	6
Grüne	0	6	0	94	0
nicht gewählt/ nicht wahlberechtigt	17	8	7	10	59

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mai 1982

Für die FDP gilt, daß sie — wie üblich — gerade die Hälfte ihrer Wähler von 1980 halten konnte. Gut ein Viertel ihrer Wähler von 1980 hat sie an die CDU/CSU verloren, die damit für viele FDP-Anhänger attraktiver war als die SPD, die nur 6 Prozent der ehemaligen FDP-Wähler anziehen konnte. Die FDP konnte diese Verluste vor allem durch Zugewinne von der SPD kompensieren.

Der Stimmenzuwachs der Grünen erklärt sich aus Gewinnen von der SPD und aus dem Zulauf von 1980 noch nicht wahlberechtigten Jung- bzw. Erstwählern. Das heutige Potential der Grünen setzt sich folgendermaßen zusammen:

Grüne 1982:

- 28 Prozent Grüne von 1980
- 27 Prozent frühere SPD-Wähler
- 6 Prozent frühere FDP-Wähler
- 7 Prozent frühere CDU/CSU-Wähler
- 31 Prozent Erst- und Nichtwähler

Zusammenfassend ergibt sich, daß die Union von einer hohen Konstanz ihrer Wählerschaft von 1980 profitiert, zusätzliche Gewinne aus allen Parteilagern, mit Ausnahme dem der Grünen, erzielen konnte und auch für Unentschlossene attraktiv wurde. Selbst hat sie dabei nur unbedeutende Abwanderungen hinnehmen müssen.

Die SPD dagegen hat ein Drittel ihrer Wähler von 1980 verloren. Dabei fällt auf, daß die unzufriedenen SPD-Leute direkt das Parteilager wechseln und nicht nur ihre Entscheidung in der Enthaltung überdenken.

Der direkte Wechsel von der SPD zur Union fällt dabei wahrscheinlich nicht nur deshalb besonders groß aus, weil die FDP ihre Funktion als Korrektiv für die SPD zu verlieren beginnt, sondern weil ein genereller Umschwung in der Politik befürwortet wird. Die SPD hat zudem linksorientierte Wähler an die

Grünen abgegeben, während sie ihre rechts von der Mitte angesiedelte Klientel an die Union verlor.

Die Schwerpunkte der SPD-Verluste

Die ungewöhnlichen SPD-Verluste werfen die Frage auf, ob es Schwerpunkte der Erosion in der SPD-Anhängerschaft gibt und für welche SPD-Wähler speziell die CDU/CSU attraktiv wurde. Zudem muß gefragt werden, welche Wählergruppen innerhalb des Regierungslagers gewechselt haben und welche ehemaligen SPD-Anhänger den radikalen Schritt zu den Grünen gemacht haben.

Nach den Analysen der letzten Landtagswahlen ist zu erwarten, daß junge Wähler und auch Arbeiter besonders dazu beigetragen haben, daß sich die Parteienlandschaft so stark verändert hat.

Die Daten von Allensbach bestätigen den für die Grünen positiven Trend in der jungen Generation; zeigen aber auch die deutlich verbesserte Position der Unionsparteien:

Parteienpräferenzen der Jungwähler (18 bis 29 Jahre)

In %	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Sonstige
Juni/Juli 1980	27	57	7	7	2
Juni 1982	37	30	10	21	2
Differenz	+ 10	-27	+3	+ 14	—

Quelle: IfD-Allensbach

In den mittleren Altersgruppen sind überdurchschnittlich viele Wähler direkt von der SPD zur CDU/CSU, weniger zu den Grünen gewechselt.

Die Unionsparteien konnten in diesen Wählerschichten ihre höchsten Zugewinne im Vergleich mit den anderen Altersgruppen realisieren.

Eine weitere Bevölkerungsgruppe sei hier noch erwähnt: die Arbeiter. Bereits die Landtagswahlen in Niedersachsen und Hamburg ließen erkennen, daß die CDU dort in Arbeitergebieten überdurchschnittlich zulegen konnte.

Umfragen zeigen die Gleichförmigkeit der Bewegungen bei den Arbeitern in beiden Bundesländern:

Veränderung der Parteienpräferenzen bei Arbeitern (in Prozentpunkten)

	CDU	SPD
Niedersachsen (1978 bis 1981)	+ 8	-12
Hamburg (1977 bis 1981)	+17	-17

Quelle: SFK

Auch bundesweit ist erkennbar, daß das Wählerpotential, aus dem sich traditionell der harte Kern der SPD-Klientel rekrutiert, erstmals Tendenzen und Entwicklungen zeigt, die auf eine Auflösung der Koalition zwischen Arbeiterschaft und SPD hinweisen. Insbesondere unter Facharbeitern hat die SPD stark verloren und die CDU/CSU gewonnen.

Parteienpräferenzen in der Arbeiterschaft (Bundesgebiet)

In %	März 1982	Oktober 1981	April 1980
CDU/CSU	42	41	39
SPD	41	47	52
FDP	8	7	5
Grüne und Sonstige	9	5	4

Recall-gewichtete Parteienteile; nur Befragte mit konkreter Parteienennung
Quelle: EMNID

Die Entwicklung der Parteienpräferenzen in der Arbeiterschaft zeigt die Verluste der SPD und die Gewinne der CDU/CSU, der FDP und der Grünen.

Die Veränderungen in den Parteienpräferenzen der Arbeiter produzieren ein nahezu historisches Ergebnis: Erstmals liegt die CDU/CSU bei den Arbeitern vor der SPD.

Wichtig für die Einschätzung der Situation ist die Erkenntnis, daß die Union auch in der Arbeiterschaft durch direkten Wähleraustausch von der SPD Stimmen gewonnen hat. Ihre Zuwächse resultieren nicht aus Ringtauschbeziehungen mit anderen Parteien, etwa nach dem Muster: SPD-Wähler zur FDP, FDP-Wähler zur CDU/CSU. Vielmehr votieren von den Arbeitern, die 1980 die SPD gewählt haben, heute nur noch 73 Prozent für dieselbe Partei, während sich 14 Prozent den Unionsparteien direkt zuwenden; das sind deutlich mehr als zu den anderen Parteien gehen.

Wählerwanderungen in der Arbeiterschaft

Wahlabsicht heute ... in %	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	keine Angabe
Es haben 1980 gewählt:					
CDU/CSU	95	2	1	0	2
SPD	14	73	4	2	7
FDP	26	5	63	0	6

Stadt-Land-Gefälle hat deutlich abgenommen

Differenziert man bei der Betrachtung der Veränderungen der Parteienlandschaft nach städtischen und ländlichen Wohnstrukturen, dann springt ein Ergebnis ins Auge:

Das frühere Stadt-Land-Gefälle hat deutlich abgenommen, bei der SPD ist es schon gar nicht mehr vorhanden. Die Verlustwelle für die SPD hat damit auch ihre einstigen großstädtischen Hochburgen hinweggespült. Das kommt insbesondere der Union zugute, aber auch den Grünen.

Parteienpräferenzen nach Ortsgröße

In %	CDU/CSU 1980/1982	SPD 1980/1982	FDP 1980/1982	Grüne 1980/1982	Sonstige 1980/1982
Dörfer	61/57	34/33	4/ 5	1/4	× / 1
Kleinstädte	49/54	42/27	7/11	2/8	× / ×
Mittelstädte	43/55	47/32	8/ 8	1/4	1/1
Großstädte	36/48	49/34	8/ 8	5/9	2/1
% - Differenz					
Dörfer/Großstädte (absolut)	25/ 9	15/ 1	4/ 3	4/5	— / —

× = unter 0,5 Prozent

Quelle: IfD Allensbach; Juni/Juli 1982, März 1982

Die Situation auf kommunaler Ebene hat sich in den letzten Jahren stark zugunsten der Union verändert. So gehörten in den 50 größten Städten der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1970 39 Oberbürgermeister (das waren 78 Prozent) der SPD an, nur 9 (= 18 Prozent) waren Mitglied der CDU/CSU. Im Jahr 1982 zählen in 50 größten Städten 21 Oberbürgermeister (das sind 12 mehr) zur Union und nur noch 27 zur SPD.

	CDU/CSU	SPD	Parteilos	Gesamt
1982	21	27	2	50
1970	9	39	2	50
Veränderung	+ 12	— 12	0	×

Quelle: Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.